

Prozess: Opfer sitzt jetzt im Rollstuhl

Angeklagter streitet alles ab

Von dpa-Korrespondent
Simon Ribnitzky

DARMSTADT. Wortlos rollt der junge Mann im Rollstuhl den Gang des Gerichtsgebäudes entlang. Ein kleiner schwarzer Hebel ist unterhalb seines Kopfes an einem Ausleger angebracht, er steuert mit dem Kinn. Auf der einen Seite begleitet von seiner Mutter, auf der anderen von seinem Anwalt, geht es an Fotografen und Kamerateams vorbei in den Saal des Darmstädter Landgerichts. Fast vier Jahre ist es her, dass Mark H. beim Aussichtsturmfest in Offenbach brutal zusammengeschlagen wurde.

Gestern hat der Prozess gegen den mutmaßlichen Angreifer begonnen. Die Vorwürfe gegen den heute 30-Jährigen wiegen schwer. Mehrmals soll er Kopf und Körper seines damals 23 Jahre alten Opfers mit voller Wucht gegen die Mauer des Aussichtsturms geschlagen und selbst, als der Mann bereits wehrlos am Boden lag, noch einmal nachgetreten haben. Drei Halswirbel brachen, das Opfer kann nicht einmal mehr seine Arme bewegen.

So schildert es Staatsanwalt Dirk Schillhahn in seiner Anklage. Er hält es deshalb für versuchten Totschlag. Das Gericht ließ die Anklage jedoch zunächst nur mit dem Vorwurf der schweren Körperverletzung zu. Auch in diesem Fall drohen dem Angeklagten bei einer Verurteilung mehrere Jahre Haft.

Ein „schrecklicher Unfall“

Der 30-Jährige stellt den Vorfall zum Prozessaufakt anders dar. H. habe ihn und andere Besucher auf dem Aussichtsturm betrunken angemacht und den Streit gesucht. Auch die anschließende körperliche Auseinandersetzung am Fuß des Turmes sei von H. ausgegangen. „Ich bin kein perfekter Mensch und habe Fehler gemacht. Aber was mir vorgeworfen wird, habe ich nicht begangen“, sagt der Angeklagte. Sein Verteidiger spricht von einem „schrecklichen Unfall“. Seine Aussage liest der 30-Jährige von einem Blatt Papier ab. Frei aus der Erinnerung zu berichten, lehnt er ab. Für den Prozess in Darmstadt sind sieben weitere Verhandlungstage angesetzt.



Das Opfer Mark H. auf dem Weg in den Gerichtssaal. BILD: DPA

Fluglärm

Obergrenzen bis zum Sommer

WIESBADEN. Die schwarz-grüne Landesregierung arbeitet an Vorschlägen zur weiteren Reduzierung des Fluglärmes im Rhein-Main-Gebiet. Ziel sei, den größten deutschen Airport lärmbewusst zu betreiben, ohne dessen Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden, sagte Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) gestern im Landtag in Wiesbaden. Al-Wazir verwies auf die geplanten Lärmbegrenzungen für den Frankfurter Flughafen, die Teil des schwarz-grünen Koalitionsvertrags sind und bis Sommer vorliegen sollen. Al-Wazir nannte keinen konkreten Termin. Zuvor hatte der Minister Kritik der Opposition an den in den Regelbetrieb gegangenen Lärm pausen zurückgewiesen: „Die Lärm pausen haben den Praxistest mit Bravour bestanden.“ Ihe



Uhus bekommen weniger Nachwuchs

BAD MÜNSTEREIFEL/FRANKFURT. Bei den Uhus gibt es in diesem Frühjahr deutlich weniger Jungtiere. „Das Brutjahr ist wegen der Folgen des nasskalten Wetters dramatisch viel schlechter ausgefallen als im Vorjahr“, sagt Stefan Brücher von der Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen im Bad Münstereifel. In der Eifel seien seit

Mitte April lediglich 168 Jungvögel registriert worden. 2015 waren es dagegen rund 340 gewesen. Hauptgrund sei die schlechte Nahrungs situation. Für den Gesamtbestand der Uhus bedeute dies aber noch keine Gefahr. Schließlich sei 2015 ein sehr gutes Jahr gewesen. „Das Wetter hat allen Mäusefressern geschadet“, sagt

auch die Biologin Dagmar Stiefel von der Staatlichen Vogelschutzwarte in Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. „Sie können einfach nicht genügend Nahrung ran schaffen.“ Noch sei es für eine Prognose über die Zahl der Uhu-Jungtiere zu früh. „Es werden aber auf jeden Fall weniger sein.“ BILD: DPA

Bibilis: SPD und Linke sehen Schuld für rechtswidrige Stilllegungsverfügung in Hessen, die schwarz-grüne Koalition beim Bund

Heftiger Streit zum Abschluss

Von unserem Korrespondenten
Gerhard Kneier

WIESBADEN. Die beiden Hauptakteure verfolgten die Debatte schweigend von der Regierungsbank aus: Ministerpräsident Volker Bouffier sowie die heutige Europa- und ehemalige Umweltministerin Lucia Puttrich (beide CDU) griffen gestern in die abschließende Aussprache über die Arbeit des Biblis-Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag nicht ein. Dabei ging es um die Frage nach ihrer Verantwortung für die inzwischen höchstrichterlich als rechtswidrig verworfene Stilllegungsverfügung für das Atomkraftwerk Biblis nach dem Reaktorunfall in Fukushima vom März 2011. Der Kraftwerksbetreiber RWE will dafür in einem noch laufenden Prozess rund 235 Millionen Euro Schadensatz vom Land und Hessen und dem Bund erstreiten.

Die somit von anderen Parlamentarien geführte Diskussion im Wiesbadener Landtag darüber war ziemlich heftig. Der SPD-Obmann in dem Untersuchungsausschuss, Norbert Schmitt, warf Bouffier und Puttrich vor, sie hätten seinerzeit alle rechtsstaatlichen Vorbehalte gegen die

Stilllegungsverfügung aus parteipolitischen Gründen beiseitegeräumt. Sie hätten sich vor allem über die damals anstehenden Landtagswahlen hinweggetragen wollen und nicht für die in solchen Verfahren selbstverständliche Anhörung von RWE als Betroffenem gesorgt. Dass diese nicht stattgefunden hat, ist nach Feststellung der Gerichte der Hauptgrund für die Rechtswidrigkeit der Verfügung. RWE begründet damit auch seinen Schadenersatzanspruch. Bouffier und seine damalige Umweltministerin hätten „stümperhaft“ gehandelt, fuhr Schmitt fort. Puttrich müsse für die dem Land entstehenden Schäden im Amtshaftung genommen werden, in anderen Bundesländern hätten sie und Bouffier zurücktreten müssen.

Verschiedene Abschlussberichte

Anlass der Debatte war der inzwischen von der dortigen Mehrheit aus CDU und Grünen verabschiedete Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses. Darin wird vor allem der Bund für das Verfahren verantwortlich gemacht, der folglich auch das Haftungsrisiko trage. Aber auch Beamte der Fachabteilung in Puttrichs Ministerium werden in

Biblis-Ausschuss

■ Mit der Debatte der **Abschlussberichte** von Koalition und Opposition im Landtag ist die Arbeit des Biblis-Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag offiziell beendet.

■ Er wurde auf Antrag von SPD und Linken eingesetzt und hat seit März 2014 insgesamt **19 Mal getagt**.

■ Prominenteste von 20 angehörten **Zeugen** war im November 2015 Bundeskanzlerin Angela Merkel. kn

dem Bericht kritisiert. Das nannten Schmitt und die Linken-Fraktionsvorsitzende Janine Wissler in der Debatte „schäbig“. Die politische Verantwortung liege immer beim Minister, zudem habe sich Puttrich ja gerade über die Warnungen ihrer Beamten hinweggesetzt. SPD und Linke haben deshalb den mehrheitlich verabschiedeten Abschlussbericht des Ausschusses nicht mitgetragen und einen eigenen vorgelegt. Ein dritter kam von der FDP, damals Regierungspartei, heute Opposition.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Holger Bellino, wies die Vorwürfe von SPD und Linken empört zurück. Mit Blick auf den Prozess über die RWE-Klage bezichtigte er sie, den Interessen des Landes zu schaden. Ihre Kritik sei parteipolitisch motiviert, die Forderung nach Amtshaftung Puttrichs „an den Haaren herbeigezogen“. Das gehe ja nur bei grober Fahrlässigkeit, und von der könne überhaupt keine Rede sein. Schließlich habe der Bund nach dem Atomunfall in Japan die Sachkompetenz an sich gezogen und das Was, Wie und Wann des Atommoratoriums vorgegeben. Wie alle anderen Länder habe Hessen die Begründung für die Stilllegung wörtlich übernommen. Da die laut Gerichtsentscheid auch in der Sache rechtswidrig war, sei klar, dass der Fehler nicht in Hessen lag.

Attacke auf Atomwirtschaft

Der Grüne Frank Kaufmann nannte es „dreist und unverschämt“, dass die Atomwirtschaft jetzt Millionen erstreiten wolle. FDP-Mann Rene Rock warf den Grünen mangelnde Glaubwürdigkeit vor, die Linke Wissler attestierte ihnen „Vasallenstreue“ zu Regierungschef Bouffier. Über die Ausschussberichte wurde im Landtag nicht mehr abgestimmt.

Soforthilfe für Milchbauern

WIESBADEN. Die hessische Landesregierung unterstützt notleidende Milchbauern mit fünf Millionen Euro Soforthilfe. Das kündigte Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Landwirtschaftsministerin Priska Hinz (Grüne) gestern in Wiesbaden an. Vorrangiges Ziel des Hilfsprogramms ist laut Bouffier, Milchbetriebe vor einer Insolvenz zu schützen. Das Geld soll Mitte Juli ausgezahlt werden. Ihe

Rockerstreit verhindert

FRANKFURT. Um eine mögliche Auseinandersetzung von zwei rivalisierenden Rockergruppen zu verhindern, hat die Polizei in Frankfurt rund 50 Rocker der Stadt verwiesen. Bei der Kontrolle einer Gruppe stellten die Beamten neben einem Messer und einem Schlagring auch eine scharfe Schusswaffe sicher, wie die Polizei gestern mitteilte. Die 50 türkischen Rocker könnten ersten Ermittlungen zufolge eine Massenschlägerei mit 30 kurdischen Rockern in der Innenstadt geplant haben. Auch diese wurden kontrolliert. Die Hintergründe waren zunächst unklar. Ihe

Wieder illegales Autorennen

BAD SCHWALBACH/WIESBADEN. Bei einem mutmaßlich illegalen Autorennen in Bad Schwalbach (Rheingau-Taunus-Kreis) ist ein 21 Jahre alter Autofahrer schwer verletzt worden. Ein 45 Jahre alter Fußgänger erlitt Verletzungen an den Beinen. Der 21-Jährige hatte die Kontrolle über seinen Wagen verloren und raste gegen eine Hauswand, wie die Polizei gestern in Wiesbaden mitteilte. Dabei fuhr er den Fußgänger an. Ihe

Medien: Der Darmstädter Fotograf André Hirtz ist Gewinner des Pressefoto-Wettbewerbs Hessen-Thüringen 2015 / Bilder sind jetzt in Wiesbaden ausgestellt

Nur ein kurzer Augenblick...

Von unserem Redaktionsmitglied
Lena Grocholl

WIESBADEN. „Morgen kommt ein neuer Himmel“ ist der Titel des „PresseFoto Hessen-Thüringen 2015“. Im vergangenen November hat der Darmstädter Fotograf André Hirtz (25, Bild) den Preis in Erfurt gewonnen. Das bewegende Foto zeigt einen Flüchtlingsjungen in Darmstadt, der die Hand schützend über ein Kind hält. Nun werden alle Bilder des Wettbewerbs bis zum 11. Juli 2016 in der Wiesbadener Industrie- und Handelskammer (IHK) ausgestellt.



Darmstadt im August 2015: Bei strömendem Regen trifft ein Bus mit Flüchtlingen ein. André Hirtz ist damals im Auftrag der Deutschen Presse Agentur (dpa) vor Ort. „Ein Pressefotograf muss hinschauen – und dabei nicht nur das Offensichtliche sehen“, sagt Hirtz im Gespräch mit dieser Zeitung. Er suchte nach den leisen Tönen, nach denen, die keine Stimme haben. So wie der Flüchtlingsjunge auf dem Foto.

Bilder aus dem Leben

„Es war nur ein kurzer Augenblick. Der Bus kam an, Flüchtlinge strömten heraus.“ Erst habe er überlegt, hinzurennen und diese hektische Szenerie zu fotografieren, doch dann sah er den kleinen Jungen. Hirtz nahm Blickkontakt auf und drückte auf den Auslöser. „Diese Situation hat mich sehr berührt. Ich fotografiere, was ich fühle.“ Bei Terminen nehme er zunächst eine beobachtende Haltung ein und



Das Pressefoto 2015 zeigt ein Flüchtlingskind in Darmstadt. BILDER: ANDRÉ HIRTZ / DJV HESSEN

lässt die Situation auf sich wirken. „Erst dann kommt die Technik.“ Ein Fotograf darf nicht nur auf das Läute und Schrille fokussiert sein. Die Ankunft der Flüchtlinge in Darmstadt habe gezeigt, dass das Leben

auch unschöne, weniger laute Seiten habe. „Hinter jedem Mensch steckt eine Geschichte, die es wert ist, erzählt zu werden. Ich fotografiere das Leben, so wie es ist, mit all seinen Höhen und Tiefen“, sagt Hirtz.

Das Gewinnerfoto berührte DJV-Landesvorstand Ulrich Heuser sofort. „In der Jury waren wir uns gleich einig: Das ist das Foto des Jahres.“ Bei Hirtz stimme die Qualität. „Besser kann man es nicht machen.“ Heuser hält sehr viel von dem 25 Jahre alten Fotografen. „Ich propheze ihm noch viele weitere Erfolge. Und dass er jetzt sogar eine Festanstellung erhalten hat, ist ein wichtiges Signal, dem Nachwuchs eine Chance zu geben.“

Hirtz wurde 1990 in Mechernich (Eifel) geboren. Bereits mit 14 Jahren verkauften er Bilder an Tageszeitungen, unter anderem die „Kölnische Rundschau“. Danach arbeitete er für die Deutsche Presse Agentur (dpa) und absolvierte ein Fotovolontariat beim „Darmstädter Echo“. Dort arbeitete er seit Anfang dieses Jahres als Fotoredakteur.

Fotostrecke unter
morgenweb.de/hessen